



Der Tullner Hauptplatz ist sehr schön. Noch viel schöner wäre er ohne Autos.

Weg mit dem Blech
Volksbefragung Tiefgarage
Wechsel im Gemeinderat
Verletzung des Wahlrechts
Barrierefreies Wohnen
Bahnübergang Mittergwendt
Sicherheitsmanager

Tiefgarage „Nein Danke“

Wir Grüne sind nach wie vor der Meinung, dass wir keine Tiefgarage brauchen. Ein autofreies Stadtzentrum und eine Fußgängerzone wären bereits jetzt möglich - ohne Tiefgarage. Kurzsichtigkeit und Eigeninteresse machen es notwendig, neuerlich die TullnerInnen auf den Plan zu rufen. Obwohl es bereits ein NEIN zur Tiefgarage unter dem Hauptplatz in einer Abstimmung 1998 gegeben hat, wollen sich bestimmte Stadtpolitiker nicht daran halten, ja sie können in keine andere Richtung denken. Die Stadtpolitik der vergangenen Jahre stand ganz im Zeichen von Parkplätzen schaffen. Nun muss endlich Einhalt geboten werden. Eine Tiefgarage bringt massive Einschnitte in die Lebensqualität der TullnerInnen und Tullner. Verpestete Luft, Staus und Lärm werden den Alltag prägen. Ein gefahrloses in die Stadt kommen, egal mit welchem Verkehrsmittel, wird es nicht mehr geben. Diese Maßnahme verändert das ganze Stadtbild!

Daher NEIN zur Tiefgarage!

Es gibt viele Gründe gegen eine Tiefgarage zu sein!

Mehr auf Seite 2 und 3

Grüner Wechsel im Gemeinderat

Zwei neue Gesichter in der Gemeinderatsstube. Judith Weidl und Mag. Johannes Scholz werden in Zukunft die Grünen im Gemeinderat vertreten. Beide folgen zwei verdienten Mandatären: Rainer Patzl und Karl Baach haben sich aus persönlichen Gründen aus dem Gemeinderat zurückgezogen.



Unter der Lupe

Schubertpark darf nicht angerührt werden

Noch ein Grund gegen den geplanten Kreisverkehr Jahnstraße/Schubertstraße zu sein: Der Kreisverkehr würde massiv in den Schubertpark hineinragen. Das würde bedeuten, dass Bäume gefällt werden müssen. Das widerspricht dem einstimmig gefassten Beschluss der Gemeinderatssitzung vom 6. 10. 06. Dort heißt es:

„Der betreffende Bereich (Schubertpark) soll den Status „Schützenswerter Stadtteil“ erhalten und auch in Zukunft nicht für Verkehrsflächen oder sonstige Bauvorhaben erschlossen werden.“

Angeblich macht der Betreiber des Einkaufszentrums den Kreisverkehr zur Bedingung, obwohl die ursprünglichen Pläne eine Lösung ohne diesen vorgesehen haben. Doch nach Ansicht der Grünen, die auch von Experten bestätigt wurde, lässt sich die Zufahrt zum EKZ auch problemlos über eine Abbiegespur bewältigen.

Liane Marecsek

■ **Grüne Vorschläge für eine lebendige Einkaufsstadt** **Weg mit dem Blech! Fußgängerzone und Neugestaltung des Hauptplatzes ist ohne Tiefgarage möglich.**

Die gesamte Innenstadt soll autofrei sein. Eine großräumige Fußgängerzone Hauptplatz/ Wiener Straße/Rudolfstraße/Bahnhofstraße soll die Menschen zum Flanieren und Erholen einladen. Das funktioniert jetzt schon sehr gut bei den langen Einkaufsnächten. Auf wunderbare Weise fehlen da keine Parkplätze, obwohl wesentlich mehr Leute die Innenstadt bevölkern. Natürlich sind auch Parkplätze außerhalb der Fußgängerzone notwendig - und zwar **vor** allen Einkaufsstrassen in das Zentrum.



Leeres Parkdeck, aufgenommen an einem Samstag um 11 Uhr. Parkplätze sind auch ohne Tiefgarage in Hülle und Fülle vorhanden.

Und diese sind zum Großteil vorhanden: Parkgarage Albrechtsgasse/Frauentorgasse und die Parkplätze im neuen Einkaufszentrum. Was fehlt, ist eine einheitliche Oberflächengestaltung der Einkaufsstrassen und die geeignete Anbindung dieser Parkflächen (z.B. durch Eingangstore) an das Zentrum. Und natürlich braucht es in jeder dieser Straßen einen abgestimmten Branchenmix.

■ **Vorgeschlagene Verkehrslösung bringt Chaos**

Die Bündelung des Verkehrs auf einen Punkt - auf den Hauptplatz - würde zu einem Verkehrschaos und zur Aushungerung der anderen Geschäftsstraßen führen. Daher muss der Verkehr aufgeteilt und nicht wie geplant ein neuer Kreisverkehr Jahnstraße/Schubert-



Hier darf kein Kreisverkehr errichtet werden.

straße geschaffen werden. Nach Berechnung des Verkehrsplaners wird in Zukunft die Verkehrsbelastung auf 3.800 PKW (dzt. 1.850 PKW) ansteigen. Laut Verkehrsstudie sind die Kreisverkehre Brückenstraße/Wienerstraße, Brückenstraße/Josef Reither Straße und Bahnhofstraße bereits jetzt schon heillos überlastet. Ginge es nach Bürgermeister Stift, soll der Kreisverkehr eine Zufahrt zur Tiefgarage über das Einkaufszentrum werden.

■ Volksbefragung zur Tiefgarage und Oberflächengestaltung

Liebe Tullnerinnen und Tullner!

Ginge es nach der ÖVP, wäre die Tiefgarage schon beschlossen und in Bau und zwar ohne vorher die Bevölkerung zu befragen. Es ist dem Druck der Grünen und der Oppositionsparteien zu verdanken, dass die Tiefgarage bei der Gemeinderatssitzung im Juli 2006 nicht bereits beschlossen wurde. 1998 hat es eine Volksbefragung zur Errichtung einer Tiefgarage in Tulln gegeben. Auch damals waren es die Oppositionsparteien, die eine Volksbefragung durch eine Unterschriftenaktion erzwangen.

Sie, liebe Tullnerinnen und Tullner, können mitbestimmen, wie Tulln in Zukunft aussehen soll.



Weg mit dem Blech!

Wir laden Sie daher ein, von Ihrem Recht Gebrauch zu machen.

Nehmen Sie an der Volksbefragung teil!

■ Grüne Sicht zur Tiefgarage heute - Brauchen keine Tiefgarage

1998 sprachen sich 60,4 % der TullnerInnen gegen eine Tiefgarage aus. Nur 32,2 % stimmten für „ja“. Was hat sich seit der letzten Befragung im Jahre 1998 geändert?

1. Die bestehenden Parkgaragen sind nach wie vor leer.
2. Im neuen Einkaufszentrum werden 500 zusätzliche Parkplätze geschaffen.
3. Die Masterplanumfrage hat ergeben, dass 81 % der TullnerInnen finden, dass das Parkplatzangebot ausreichend ist, auch 72 % aus dem Einzugsgebiet finden das. In die Stadt kommen 40 % der TullnerInnen zu Fuß, 29 % mit dem Fahrrad und nur 37 % mit dem PKW!
4. Die Tiefgarage wird den TullnerInnen viel Geld kosten. Die meisten Betreiber brauchen Subventionen

von den Gemeinden, um die Parkgebühren niedrig zu halten.

5. Fast alle Bäume am Hauptplatz werden gefällt. Der Hauptplatz wird trotz Neugestaltung sein wunderschönes historisch wertvolles Ambiente verlieren. Denn über einer Tiefgarage wächst nichts Grünes mehr. Wir werden eine Betonwüste haben, wo nur noch Containerpflanzen aufgestellt werden können.
6. Lt. vorliegenden Plänen wird der Hauptplatz trotz Tiefgarage nicht autofrei! Die Einfahrt der Tiefgarage wird direkt am Hauptplatz sein. Sowohl von der Bahnhofstraße, als auch von der Rudolf Buchinger-Straße kommend sollen die Autos in die Tiefgarage einfahren können.
7. Das Bundesdenkmalamt wird Ausgrabungen vornehmen, die vermutlich sehr lange dauern werden. Bis

zur Fertigstellung werden fast alle Tullner Geschäftsleute starke Umsatzverluste erleiden und manche werden das finanziell nicht überleben.

8. Es werden nur die Geschäfte rund um den Hauptplatz von einer Tiefgarage profitieren, die Betriebe in den anderen Straßen (Wiener Straße, Bahnhofstraße, Rudolfstraße) gehen leer aus, da dort ein wirksames Konzept fehlt.
9. In den letzten Jahren wurde viel Geld ausgegeben, die Autos aus der Stadt zu bringen (Südmuhlfahrt, Neue Donaubrücke). Nun braucht man wieder viel Geld um sie hereinzubringen.

Wir Grüne sind der Überzeugung, dass wir auch heute keine Tiefgarage brauchen.

Daher NEIN zur Tiefgarage!

■ Zwei Grüne Gemeinderäte verlassen aus persönlichen Gründen den Gemeinderat



Rainer Patzl gehörte dem Gemeinderat von 2000 - 2007 an, davon war er von 2005 - 2007 Fraktionssprecher der Grünen Tulln.



Karl Baach gehörte dem Gemeinderat von 2005 bis 2006 an.

Stadträtin Liane Marecsek dankt beiden für das Engagement und die Tätigkeit im Dienste unserer Gemeinde und wünscht ihnen für ihren weiteren Lebensweg alles Gute. Die Grünen Tulln schließen sich diesem Dank an.

■ Judith Weidl und Mag. Johannes Scholz für die Grünen im Gemeinderat

Die beiden freigewordenen Gemeinderatsmandate werden von Mag. Johannes Scholz und Judith Weidl eingenommen. Unser Bild zeigt von links: Liane Marecsek, Mag. Johannes Scholz und Judith Weidl



Judith Weidl

Judith Weidl wurde 1970 in Tulln geboren, ist in Langenlebarndorf aufgewachsen und wohnt seit 10 Jahren in Tulln. Als Kindergarten- und Hortpädagogin betreut sie derzeit eine Hortgruppe mit 25 Kindern im Alter zwischen 6 und 10 Jahren. Ihr Steckenpferd ist es, den Kindern mittels sinnvoller Freizeitgestaltung einen Sinn für Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, humanen Umgang mit Umwelt, Tier und Mitmensch zu vermitteln. Dazu hat sie ein besonderes Lehrprogramm entwickelt, das von den Kindern und den Eltern begeistert angenommen wird. Für die Tullner Grünen wird Sie sich im Gemeinderat für Klima- und Umweltschutz, bessere Bildung, Chancengleichheit, Tierschutz und bürgernahe Politik einsetzen.

Mag. Johannes Scholz

Johannes Scholz wurde 1957 in Sao Paulo (Brasilien) geboren, ist verheiratet und hat 3 Kinder. Er ist in Brasilien, Deutschland und Österreich aufgewachsen und wohnt seit 1988 in Tulln. Beruflich ist er als Wirtschaftspädagoge und Geschäftsführer tätig. Von 1980 - 1982 war er Studentenvertreter an der Wirtschaftsuniversität Wien, von 1995 - 2003 bereits im Tullner Gemeinderat und von 2000 - 2003 Obmann des Grünen Gemeindevereinsverbandes.

Seine Hobbys sind Tanzen, ins Theater gehen, Weitwandern und er ist Obmann des Vereines „One World“.

Für die Tullner Grünen wird er sich für umweltfreundlichen Verkehr, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung, Grünraumkonzepte, Bildung, Schule und Integration einsetzen.

Alte Menschen haben die gleichen Rechte

Grüne fordern eine korrekte Wahlhandlung im Rosenheim

Die Grünen beanstanden seit Jahren die Wahlhandlung im Rosenheim: Erstens kann man von außen in die Wahlzelle durch einen Spalt einsehen, was vorgeht, zweitens werden die Bewohner fast ausschließlich von der Pflegedirektorin in die Wahlzelle begleitet und drittens macht die Pflegedirektorin Vermerke auf den Stimmzetteln.

Nach unserer Auffassung wird hier das Allgemeine Wahlrecht verletzt:

Eine Wahlzelle muss uneinsehbar sein. Natürlich brauchen manche Menschen eine Unterstützung. Jedoch die Vertrauensperson in Form der Pflegedirektorin ist äußerst bedenklich. Schließlich wird so ein Posten parteipolitisch besetzt und außerdem entscheidet die Pflegedirektorin mit, wer im Heim aufgenommen wird. Der Verdacht von „Beeinflussung und Zwang“ drängt sich hier auf. In einem Interview mit dem Bezirksblatt (Nr. 51) gab die Pflegedirektorin an, dass sich das Pflegepersonal weigerte, als Vertrauenspersonen zur Verfügung zu stehen. Auch diese Tatsache bedarf einer Klärung, um den Verdacht einer Wahlmanipulation auszuschließen.

Dass hier die Rechte beschnitten werden, liegt auf der Hand. Um die Würde älterer Menschen zu wahren, fordern die Grünen Bürgermeister Stift als Vorsitzenden der Gemeindewahlbehörde auf, die Missstände abzustellen.

Aus dem Allgemeinen Wahlrecht: „Die Bürger und Bürgerinnen dürfen **von niemandem in ihrer Wahl beeinflusst werden**, d.h. die Stimmabgabe muss frei von Zwang sein. Der **Geheimhaltung der Wahlentscheidung** der einzelnen Bürger und Bürgerinnen dienen besondere Maßnahmen wie z.B. Wahlzelle, Wahlkuvert, Wahlurne und gesetzlicher Schutz des Wahlgeheimnisses.

Das Wahlrecht muss persönlich ausgeübt werden, d.h. der Wähler bzw. die Wählerin kann sich nicht vertreten lassen. Eine Ausnahme bilden körper- oder sinnesbehinderte Menschen, denen das Ausfüllen des amtlichen Stimmzettels ohne fremde Hilfe nicht zugemutet werden kann. Ihnen ist es gestattet, **sich bei der Stimmabgabe von einer Person, die sie selbst auswählen können**, unterstützen zu lassen. Die **Stimmabgabe durch die wahlberechtigte Person muss persönlich und geheim** unter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze erfolgen.



Wahlen im Rosenheim sind nicht immer ganz korrekt abgelaufen

Das Wahlrecht muss persönlich ausgeübt werden, d.h. der Wähler bzw. die Wählerin kann sich nicht vertreten lassen. Eine Ausnahme bilden körper- oder sinnesbehinderte Menschen, denen das Ausfüllen des amtlichen Stimmzettels ohne fremde Hilfe nicht zugemutet werden kann. Ihnen ist es gestattet, **sich bei der Stimmabgabe von einer Person, die sie selbst auswählen können**, unterstützen zu lassen. Die **Stimmabgabe durch die wahlberechtigte Person muss persönlich und geheim** unter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze erfolgen.

■ **Auszug aus dem Bezirksblatt Nr. 51 vom 20. 12. 2006**

Zur Sache

Pflegeombudsmann

Dr. Werner Vogt:

„Wenn es so war, wie die KritikerInnen schildern, ist das ein Skandal. Bei einer Wahl muss es gleiche Voraussetzungen für junge und alte Menschen geben. Es wäre nicht akzeptabel, wenn die Pflegedirektorin in der Wahlzelle jemandes Hand führen, oder sonst Einfluss auf die Wahlhandlung nehmen würde. Wenn jemand Hilfe in der Wahlzelle braucht, soll dies durch eine unabhängige Person gewährleistet sein. Aber das soll um Gottes Willen nicht der Heimbetreiber in Form der Pflegedirektorin sein.“

Bgm. Willi Stift:

„Ich weiß nichts von den Vorfällen und habe auch keinen Brief erhalten (der Brief wurde ihm mittlerweile bei der Gemeinderatssitzung übergeben). Da wird wieder etwas konstruiert um parteipolitisches Kalkül daraus zu ziehen. Ich kann dazu aber keinen Kommentar abgeben.“

Liane Marcsek:

„Bürgermeister Stift war bis auf die letzte Nationalratswahl bei allen Wahlhandlungen anwesend und ist sehr wohl über meine Kritik informiert gewesen.

Uns geht es um den Respekt und die Achtung von älteren Menschen. Wer hier Parteipolitik betreibt, das kann man an einem skurrilen Detail erkennen: Ausgerechnet in den Pflegeheimen gab es 1998 eine Mehrheit für eine Tiefgarage als einzigem Tullner Wahlsprengel!“



In der letzten Ausgabe der Bürgermeisterzeitung lobt Bgm. Stift das Budget für 2007 in höchsten Tönen. Ich hingegen finde das Budget ganz und gar nicht zum Jubeln. Ganz im Gegenteil. Bürgermeister Stift gibt nächstes Jahr das Geld noch einmal mit vollen Händen aus und vergrößert den Schuldenstand der Gemeinde um 2 Millionen Euro.

Ein Beispiel für seinen großzügigen Umgang mit Gemeindegeld ist der Umzug vom alten Rathaus ins Minoritenkloster. Zunächst war von minimalen Kosten die Rede (Ausmalen, etc.), dann gab es eine Kostenschätzung von 500.000,- und letztendlich wird der Umzug mindestens eine Million kosten.

Bürgermeister Stift lässt sich für seine Projekte feiern und ich fürchte, sein Nachfolger kann dann nur noch die Schulden verwalten.

Rainer Patzl

Barrierefreies Wohnen

Keine geeigneten Wohnungen vorhanden

ÖVP hat Grüne Anträge zur Schaffung barrierefreier Wohnung bisher abgelehnt mit der Begründung, bei Bedarf eine Individuallösung zu finden.

Im vergangenen Jahr haben mehrfach Tullnerinnen und Tullner mit Behinderungen um barrierefreie Wohnungen angefragt. Sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass es derzeit kein geeignetes Angebot im Stadtgebiet gibt, weder bei den Gemeinde- noch bei den gemeinnützigen Wohnungen.

Wir Grüne haben bereits mehrmals im Gemeinderat Anträge gestellt, barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Diese wurden immer wieder mit dem Argument abgelehnt, dass bei Bedarf eine Individuallösung gefunden werden kann. Nun, wie sieht diese Individuallösung aus? Den Menschen werden ganz normale Wohnungen angeboten, häufig über Stiegen oder mehrere Stockwerke erreichbar. Ob diese Wohnungen dann baulich barrierefrei umgestaltet werden können und wie das finanzierbar ist, darum kümmert sich niemand mehr. Ein nachträglicher Umbau einer nicht barrierefreien Wohnung kostet dem Mieter und dem Staat ein Vielfaches als wenn zu Baubeginn darauf Rücksicht genommen wird.

Wir haben daher einen neuerlichen Antrag am 6. 12. 06 eingebracht, der dem Wohnungs- und Sozialausschuss zugewiesen wurde:

- Im sozialen gemeinnützigen Wohnbau ist Vorsorge für genügend alten- und behindertengerechte Wohnungen zu treffen. Das heißt grundsätzlich: stufenlose Zugänge, anpassbare Sanitärräume und alle Innentüren mit einer Mindestbreite von 80 cm.
- Alle Aufzugsanlagen müssen rollstuhlgerecht ausgeführt werden. In Wohnanlagen, in denen Aufzugsanlagen ausgeführt werden, sind die Wohneinheiten kinderfreundlich, alten- und behindertengerecht zu gestalten und auszuführen.
- Motivation und Hilfestellung im privaten Wohnbau für die Anliegen des kinderfreundlichen, alten- und behindertengerechten Bauens.
- Schaffung von finanziellen Anreizen für Pilotprojekte, die besonders kinderfreundlich, alten- und behindertengerecht ausgeführt werden.



Für Rollstuhlfahrer stellt so ein Eingang ein unüberwindbares Hindernis dar.

■ Leserbrief

Tulln - romantisch?

Kürzlich fuhr ich von Judenau nach Tulln, als mir wieder einmal die Hinweistafel „Romantikstraße“ auffiel. Die Romantik ließ auch nicht lange auf sich warten. Denn wie sonst sollte ich das Treiben der beiden Hasen im Felde inmitten unseres naturbelassenen Tullnerfeldes bezeichnen? Doch die wahre Intensität der Romantikstraße spürte ich erst, als die lieblichen Werbeschilder auf die architektonisch reizvollen Gebäude kurz vor Tulln hinwiesen. Meine romantischen Gefühle waren in Aufruhr!



Romantik pur!

lebarnterviertel war, durfte ich auf dieser wundervollen Straße weitere romantische Kilometer genießen. Der Höhepunkt ließ nicht lange auf sich warten: die verspielte Gegend um den Draken-Kreisverkehr. Angesichts dieser Romantik war ich sprachlos. Ich konnte meinen Gefühlen nicht mehr Einhalt gebieten. Zuhause angekommen brach ich in Tränen aus. Ja, jetzt wusste auch ich es: erst diese Romantik macht unser Leben lebenswert.

Walter Horka

■ Ärger um Sicherheitsmanager

Bürgermeister soll endlich Auftrag erteilen

Obwohl ich in Tulln Stadträtin für Zivilschutz bin, hat sich Vizebürgermeister Mag. Eisenschenk vor kurzem von der ÖVP (nicht von der Gemeinde) zum Sicherheitsmanager ernennen lassen. Nun beansprucht er jene Aufgaben für sich, die grundsätzlich einem Zivilschutzbeauftragten zustehen. Das betrachte ich als Affront gegen meine Tätigkeit und ich überlege ernsthaft, das Ressort Zivilschutz zurückzulegen. Ich fordere den Bürgermeister auf, endlich einen eindeutigen Auftrag zum Wohle der Bevölkerung zu erteilen. Denn für populistische Aktionen ist das Thema Zivilschutz viel zu ernst. In Tulln werden in die wichtigen Gremien für Zivilschutz ÖVP-Mandatäre entsandt, die keine Informationen an das Zivilschutzressort weitergeben. Es gibt praktisch keine zusammenhängenden Überlegungen für Katastrophenschutz und Präventionsmaßnahmen. Daher stelle ich mir die Frage: war die Einrichtung des Ressorts Zivilschutz eine Alibiaktion der ÖVP?

Liane Marecsek

■ Behelfsübergang

Mittergwendt



Bei einer Straße undenkbar: Sperre ohne Ersatz für länger als 1 Jahr

Die seit langem von den Grünen geforderte Bahnunterführung für Fußgänger und Radfahrer Am Mittergwendt wird endlich gebaut. Bis Ende 2007 soll die Totalsperre der Bahnüberführung für Fußgänger und Radfahrer dauern. Ein Behelfsübergang während der Bauzeit ist dringend notwendig.

Der Bahnübergang Am Mittergwendt wird von Jugendlichen und von Bewohnern südlich von Tulln sehr stark benützt. Deshalb wurde es notwendig, im Rahmen des HL-Bahnbaues die Sicherheit zu erhöhen und eine Unterführung zu errichten. Die Totalsperre des Bahnüberganges bedeutet aber, dass viele Jugendliche und viele Tullner BürgerInnen den unzumutbaren langen Umweg über die Frauentorgasse in Kauf nehmen müssen. Die Tullner Grünen befürchten, dass der sehr lange Umweg von den Fußgängern und Radfahrern nicht angenommen wird und viele Tullner BürgerInnen den gefährlichen Versuch unternehmen, irgendwie über das Bahngleis zu gelangen. Besonders die SchülerInnen, die in die Musik- oder Hauptschule fahren oder gehen, werden die Umleitung nicht benützen. Deshalb fordern die Tullner Grünen während der Bauzeit einen provisorischen Bahnübergang, der eine gefahrlose Überquerung des Bahngleises ermöglicht, zu errichten.

EVN: Privatisierung von ÖVP und SPÖ beschlossen

Vor allem die letzten Jahre unter ÖVP-Dominanz waren von einem neoliberalen Feldzug geprägt. Privatisierungen und Ausgliederungen standen auf der Tagesordnung. Nun sind selbst die Versorgung von Strom und Wasser, aber auch Verkehrsprojekte und das Gesundheitswesen davor nicht mehr gefeit. Von ÖVP und SPÖ wurden dafür in Niederösterreich die Weichen gestellt: Eine Holdingstruktur lässt den Anteil des Landes NÖ an der EVN auf 13,3% sinken.

Zu 51% hielt das Land Niederösterreich das Mehrheitseigentum an der EVN AG. Somit war die Daseinsvorsorge in der Stromversorgung - es sind dies fünf Speicher und 54 Kleinwasserkraftanlagen, drei Donaukraftwerke sowie Biomasse- und Windkraftanlagen - gesichert. Entscheidend war, dass keine einschneidende Veränderung ohne den Landtag vorgenommen werden konnte. Bis vor kurzem hatte der Landtag auch die Möglichkeit der Kontrolle, was angesichts eines Kapitalvolumens von rund einer Milliarde Euro notwendig ist. Ausgliederungen und Privatisierungen haben nun einen demokratiepolitischen Pferdefuß: Nach wie vor ist die Kontrolle gesetzlich nicht zwingend vorgesehen. So unterliegt das öffentliche Interesse von Landtagen, Gemeinderäten und Bundesparlament den GmbHS und Holdings. Eine Reparatur der Kontrollmöglichkeiten ist längst überfällig.

Privatisierung mit SPÖ

Die öffentliche Diskussion rund um die Fusion von Verbund und ÖMV ist mehr argumentativer Vorwand als politische oder wirtschaftliche Triebfeder der ÖVP. Tatsache ist, dass deutsche Energieunternehmen interessiert über die Grenzen schauen. In Europa ist die Energiebranche nach wie vor auf Konzentrationskurs, das heißt, dass ohne

gesetzliche Beschränkung nur einige wenige den Markt beherrschen werden. Noch im Wahlkampf gab die SPÖ andere Töne von sich - anscheinend bloß Wahlkampfgewitter, denn nur mit den Stimmen der SPÖ konnte die notwendige 2/3-Mehrheit für dieses Verfassungsgesetz erreicht werden. Die SPÖ hat jetzt die Selbstausschaltung des Landtages mit zu verantworten. Ab jetzt kann die Landesregierung



Foto: bilderbox.com

völlig autonom schalten und walten. Der Landtag würde wieder eine 2/3-Mehrheit zur Rückeroberung der Entscheidungsgewalt in Sachen EVN AG brauchen. Als Alleinherrscherin über die EVN-Anteile hat sich die ÖVP in der Landesregierung einzementiert. Die SPÖ unterliegt dort ohnehin nach Stimmen. Umso unverständlicher ist die Haltung der SPÖ als Partner in der



Dr. Helga Krismer, Landtagsabgeordnete

Proporzregierung: Mit ihren Stimmen zog die ÖVP die Privatisierung wie ein Trojanisches Pferd aus dem Landtag.

Öffentliche Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber

Das Marktversagen in Kernbereichen des Gemeinwesens ist vielen aus der medialen Berichterstattung bekannt, wenn etwa in Kalifornien die Stromversorgung oder in Großbritannien der Schienenverkehr zusammenbricht. Daher muss für die Versorgung in Niederösterreich gelten: Es braucht einen starken öffentlichen Energieanbieter und den politischen Willen, in Infrastruktur, wie Fernwärmeleitungen oder Anlagen zur erneuerbaren Energiegewinnung, zu investieren. ÖVP und SPÖ setzen die notwendige Energieverwendung ab jetzt aufs Spiel, denn private Gesellschaften scheuen solche Investitionen. Die Grünen forderten daher ein eindeutiges Verfassungsgesetz im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge von Strom und Wasser: „Von den Anteilsrechten an der EVN AG müssen mindestens 51 vH im Eigentum des Landes Niederösterreich stehen. Diese Anteilsrechte sind entweder direkt vom Land Niederösterreich oder indirekt über Gesellschaften, an denen das Land Niederösterreich mit 100 vH beteiligt ist, zu halten.“ Diese Garantie wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

